

Schlußdokuments zur Wehrdienstverweigerung „als moralischer Wert in sich“ und die Kritik am italienischen Waffenhandel der Führung des Episkopats zu politisch und zugleich zu naiv gewesen sein.

## Der Sack und der Esel

Trotz dieses Hintergrundes verhalten sich die Dinge noch um einiges komplizierter: wegen eines zweiten Hintergrundes, der die Grundlinie der Katholischen Aktion betrifft. Diese stellt, zugespitzt auf die Losung „scelta religiosa“, die auf die Stärkung der Zeugniskraft der Christen durch geistliche Erneuerung der Kirche und durch Öffnung auf die konkreten Erfahrungswirklichkeiten im Sinne von „Gaudium et spes“ setzt, nämlich nur die laienapostolische Variante der pastoralen Konzeption der Bischofskonferenz selbst dar. „Wenn ein Verband die Bischofskonferenz verdolmetscht ...“ wurde ein Bericht um die Vorgänge um die Katholische Aktion umschrieben (il regno, 15. 5. 86). Genau das tat die Katholische Aktion. Es ist ihr dabei nicht sonderlich gut ergangen. Der Grund ist klar: Der Papst hat Vorbehalte nicht nur gegen eine für ihn nicht akzeptable Meinungsvielfalt in ethischen Fragen, sondern auch gegen die mit der religiösen Option ange-

deutete pastorale, von den Bischöfen selbst ursprünglich propagierte und heute noch mehrheitlich gedeckte *Grundkonzeption des Verhältnisses Kirche – Gesellschaft im italienischen Katholizismus*. Dieser Option stellt der Papst seine Sicht der Kirche als „gesellschaftlicher Kraft“ mit dem Willen zu mehr direkter Aktion à la „Comunione e liberazione“ entgegen. Und: diese letztere Position wird im Sinne der jetzt geübten Kritik an der Katholischen Aktion von einflußreichen Leuten in der Nähe des persönlichen päpstlichen Sekretariats und im Staatssekretariat zusätzlich gestützt. Ein recht komplizierter Zusammenhang also mit einem recht verwickelten Hintergrund: Schließlich waren auch noch Enttäuschungen über den „laschen“ Einsatz der Katholischen Aktion bei Ehescheidungs- und Abtreibungsreferendum abzugelten. Doch da es der Esel nicht sein durfte, wurde der Sack geschlagen. Aber der Esel wollte wenigstens darauf achten, daß der Sack ihm verblieb. Im Klartext: der Papst meinte mit seiner Intervention ebensosehr die Bischofskonferenz, der selbst den persönlichen Positionen des Papstes durchaus nahesteht, sah sich deshalb gezwungen, die Position der Bischofskonferenz in der Weise zu verteidigen, daß er sowohl gegenüber dem Papst wie der Katholischen Aktion klarzumachen versuchte: die Bischofskonfe-

renz sei gewillt, die Entwicklung der Katholischen Aktion selbst in der Hand zu behalten.

Die Katholische Aktion ihrerseits hat sich wie seinerzeit die Versammelten von Loreto in Loyalität geübt und ihre Kirchentreu in einer nachgereichten Erklärung (Osservatore Romano, 11. 5. 86) nochmals ausdrücklich unterstrichen. Ihre Kursbestimmung bleibt. Der Verband dürfte sich dabei bewußt sein, daß die „scelta religiosa“ nicht in allem der Weisheit letzter Schluß ist sondern Kirche in einer säkularen Gesellschaft in möglichst vielfältigen Zeugnisweisen leben muß. Und daß alle nebeneinander ihre Berechtigung haben, solange die einen oder die anderen sich nicht in überholte kirchliche Verteidigungspositionen zurückziehen oder das vielgestaltige Leben von heute integralistisch überspielen wollen. Nachträgliche Stellungnahmen u. a. der Kardinäle *Pappalardo* (Palermo) und *Martini* (Mailand) zeigen, daß die Katholische Aktion dabei mit Verständnis und Unterstützung wenigstens der eigenständigsten Köpfe im Episkopat rechnen kann. Wie machtbewußt und wenig rücksichtsvoll allerdings Hierarchen mit Laien umgehen können, wenn es nicht um hehre Prinzipien, sondern um das konkrete Miteinander geht, ist bei dieser Gelegenheit wieder einmal nur so nebenbei sichtbar geworden. D. S.

# Die Vergangenheit holt Österreich ein

## Begleiterscheinungen und Folgen einer Kampagne

Das Wort von Papst Paul VI., Österreich sei eine Insel der Seligen, gehört endgültig der Vergangenheit an. Unversehens ist die rot-weiß-rote Alpenrepublik, die in den Jahren der Wirtschaftskrise durch ihre erstaunliche Stabilität zu beeindrucken vermochte, nun in arge Turbulenzen geraten.

Schon seit einigen Jahren zeigt sich der politische Himmel Österreichs in immer düsteren Farben. Skandale am laufenden Band, ob sie nun den derzeitigen Finanzminister *Hannes Androsch* betreffen, den Glykol-Gehalt der österreichischen Weine oder die fatale Pleite des größten österreichischen Eisen- und Stahlkonzerns VOEST: sie alle lassen unter der vordergründigen Ober-

fläche eines scheinbar unbeschwerten Ferienlandes tieferliegende Krankheitsherde erkennen, die Altbundeskanzler *Bruno Kreisky* während seiner Regierungszeit durch seine Wortgewalt jahrelang geschickt zu camouffieren verstand. Jetzt, unter seinem Nachfolger *Fred Sinowatz*, wird Zug um Zug offenbar, wie vordringlich eine moralische Erneuerung des Landes ist, um überfällige Prozesse der Selbstreinigung und des reformatorischen Wanderns endlich in Gang setzen zu können. Die schwache sozial-liberale Koalition, die in Österreich seit dem Rücktritt Kreiskys regiert, ist offensichtlich nicht in der Lage, sich in dieser Richtung zu engagieren und auch durchzusetzen.

## Die Kampagne gegen Kurt Waldheim

Ein an sich nebensächlicher Anlaß genügte, um aus dieser latenten Krisensituation eine akute und gefährliche Auseinandersetzung entstehen zu lassen, deren Konsequenzen bis zum heutigen Tag noch gar nicht abzusehen sind. Der Anlaß war durch den Entschluß der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gegeben, den seinerzeitigen Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Kurt Waldheim*, in diesem Frühjahr als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl aufzustellen, die in Österreich durch ein direktes Votum des Volkes erfolgt. Die Sozialistische Partei nominierte als Gegenkandidaten den ehemaligen Gesundheitsminister *Kurt Steyrer*, einen Arzt, der keinen vergleichbaren Bekanntheitsgrad wie Kurt Waldheim aufweist.

Angesichts dieser Verlegenheit begann man von sozialistischer Seite in diversen Archiven der NS-Zeit herumzustöbern und spürte eine Reihe von Dokumenten auf, die allerdings nur wenig substantiell Belastendes zutage förderten. Die Tatsache, daß Kurt Waldheim nach dem „Anschluß“ Österreichs im Jahr 1938 an der Diplomatenakademie in Wien einer NS-Reitergruppe beitrug, war schon ein „Gipfelpunkt“ des Materials.

Die inhaltliche Dürftigkeit dieser Unterlagen aber hinderte nicht, daß daraus eine überdimensionierte Pressekampagne entstand, die in einer beispiellosen Heftigkeit losbrach. Kurt Waldheim zeigte anfangs wenig Geschick, dieser Kampagne zu begegnen: Er dementierte zunächst alles, was ihm vorgehalten wurde, mußte aber dann das eine oder andere Detail zugeben, worauf ihm von der SPÖ prompt „mangelnde Glaubwürdigkeit“ und „sorgloser Umgang mit der Wahrheit“ vorgehalten wurde.

In weiterer Folge verschärften sich die *Attacken aus dem Ausland* immer mehr. Der irrationale Höhepunkt der Affäre war erreicht, als der „Jüdische Weltkongreß“ mitzumischen begann, und Kurt Waldheim als Nazi und Kriegsverbrecher diffamierte. Die Vereinten Nationen öffneten ihr sonst strikt gesperrtes Kriegsverbrecherarchiv in New York, um die Akte Kurt Waldheim mit dubiosen jugoslawischen Beschuldigungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit allen interessierten Regierungen auszufolgen. Damit war nach Eichmann, Mengele und Barbie eine vierte Ausnahmeregelung für Kurt Waldheim getroffen, und der österreichische Präsidentschaftskandidat fand sich plötzlich in einer Reihe mit den bekanntesten Massenmördern des vergangenen Krieges. Damit nicht genug: Der Generalsekretär des „Jüdischen Weltkongresses“ in New York warnte in einem Fernsehinterview des Österreichischen Fernsehens das österreichische Volk davor, Kurt Waldheim zu wählen. Sollte dies dennoch geschehen, müßten die Österreicher die nächsten sechs Jahre die Folgen tragen. Zahlreiche amerikanische Fernsehstationen und Zeitungen übernahmen die Parolen dieser Kampagne.

In dieser für Österreich prekär gewordenen Lage schaltete sich der gegenwärtige österreichische Bundespräsi-

dent *Rudolf Kirchschläger*, ein überaus integrier Mann und gläubiger Katholik, der zu Beginn der siebziger Jahre auf Betreiben Bruno Kreiskys als Kandidat der SPÖ für die damalige Präsidentschaftswahl aufgestellt worden war, persönlich ein. Er erklärte sich gegenüber dem „Jüdischen Weltkongreß“ bereit, die Unterlagen dieser Organisation und die Akten der Vereinten Nationen persönlich zu prüfen. Etwa 14 Tage später verkündete der Bundespräsident, dessen Lauterkeit von keiner Seite bezweifelt wird, in einer mit Spannung erwarteten Fernsehansprache an das ganze österreichische Volk seinen Spruch: Wenn er Staatsanwalt wäre, sähe er keinen Grund, gegen Kurt Waldheim die Anklage zu erheben, erklärte das Staatsoberhaupt.

Damit brach das ganze Kartenhaus der vagen Beschuldigungen gegen Kurt Waldheim zusammen. Innerhalb der Sozialistischen Partei kam es zu beträchtlicher Verwirrung, hatte doch die gesamte Parteispitze nun schon seit Wochen die Beschuldigungen gegen Waldheim übernommen, die jetzt vom seinerzeitigen Präsidentschaftskandidaten der eigenen Partei, vom nunmehrigen Bundespräsidenten, in so spektakulärer Weise zurückgewiesen wurden. In der gesamten Öffentlichkeit und auch in der SPÖ selbst erhoben sich immer mehr Stimmen, die nachdrücklich das Ende dieser Schlammschlacht forderten.

## Jetzt-erst-recht-Stimmung

Die Kampagne gegen Kurt Waldheim hatte jedoch indessen eine Eigengesetzlichkeit erhalten, die nicht mehr zu stoppen war. Vom „Spiegel“ über „Le Monde“ bis zur „New York Times“ übernahm die gesamte Weltpresse die Stichworte der Vorwürfe gegen den seinerzeitigen Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem man vor allem in Amerika seine Rolle im Nahost-Konflikt nicht verziehen hatte. Waldheim hatte sich in diesem Konflikt nicht nur für das Existenzrecht Israels, sondern auch für die legitimen Rechte der Palästinenser eingesetzt. Jetzt, da die Vereinigten Staaten ihre finanziellen Aufwendungen für die Vereinten Nationen stark reduzieren, ist es für die in dieser Angelegenheit engagierten Kreise in den USA eine willkommene Gelegenheit, mit Hinweisen auf einen als „Fast-Kriegsverbrecher entlarvten“ ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen die fragwürdige Rolle der ganzen Weltorganisation den eigenen Wählern deutlich zu machen. Damit aber nicht genug: Jüdische Kreise beantragten beim amerikanischen Außenministerium ein Einreiseverbot für Kurt Waldheim in die Vereinigten Staaten, ein bekannter amerikanischer Kolumnist rief zum Boykott der Salzburger Festspiele auf ...

Alle diese Vorgänge, die in Österreich zunächst nur ratloses Kopfschütteln ausgelöst hatten, führten in weiterer Folge zu einer immer deutlicheren Trotzreaktion. „Jetzt erst recht“, lautete der Text von Plakaten, die die ÖVP in aller Eile anbringen ließ und die ihr postwendend den Vorwurf eintrugen, sie spreche damit antisemitische Ressentiments an. Es kann aber kein Zweifel darüber beste-

hen, daß dieser Slogan einer vorherrschenden und verbreiteten Stimmung entsprach, die bis tief hinein in die Reihen der Sozialistischen Partei reichte, und nicht nur die ehemaligen Soldaten des Zweiten Weltkrieges, sondern auch viele Angehörige jüngerer Geburtsjahrgänge erfaßte. Nicht wenige Menschen, die noch vor kurzem nicht im Traum daran gedacht hatten, den als farblos und „diplomatisch glatt“ eingeschätzten Kurt Waldheim zu wählen, wandten sich jetzt ernsthaft dieser Möglichkeit zu.

Diese Proteststimmung war es, die zu dem überraschenden Ergebnis des ersten Wahlganges der Bundespräsidentenwahl am 4. Mai führte: Kurt Waldheim verfehlte bei insgesamt 5,6 Millionen Wählern nur um knapp 16 000 Stimmen die absolute Mehrheit, so daß es am 8. Juni zum zweiten Wahlgang, zur Stichwahl zwischen den beiden stimmstärksten Kandidaten Waldheim und Steyrer kommt. Der sozialistische Kandidat Kurt Steyrer liegt mit einem Rückstand von mehr als 6 Prozent ziemlich weit abgeschlagen hinter Waldheim, so daß es für ihn schwierig sein dürfte, den Vorsprung seines umstrittenen Konkurrenten aufzuholen. Die Bemühungen der Wahlstrategen von Waldheim und Steyrer gelten daher in erster Linie den etwa 250 000 Wählern, die im ersten Wahlgang der „grünen“ Kandidatin *Freda Meissner-Blau* ihre Stimme gegeben haben, während die 50 000 Wähler des deutschnationalen Kandidaten *Otto Scrinzi* im zweiten Wahlgang vorwiegend „weiß“ wählen dürften.

Einig sind sich freilich alle Beobachter dieses aufregenden Wahlganges, daß es nicht in erster Linie die Personen der Präsidentschaftskandidaten sind, die die Entscheidung bringen. So blieb es in der Öffentlichkeit auch nur eine Episode, als bekannt wurde, daß der sozialistische Präsidentschaftskandidat Kurt Steyrer im Jahr 1974 aus der Kirche ausgetreten ist, weil er mit dem Widerstand der katholischen Kirche gegen die Einführung der Fristenlösung nicht einverstanden war.

## Vor einer größeren Umschichtung politischer Kräfte

Wahlentscheidend dürften die Emotionen bleiben, auch im zweiten Wahlgang. Dabei deutet der dramatische *Einbruch*, den die Sozialistische Partei im ersten Wahlgang in ihren Stammgebieten, in den Arbeitervierteln von Wien und Graz sowie im obersteirischen Industrieviertel hinnehmen mußte, auf ein massives Unbehagen in den sozialistischen Kernschichten hin. Dieses Unbehagen ist offensichtlich regional verschieden stark ausgeprägt, es kann aber gar kein Zweifel daran bestehen, daß die bedrückenden Fragen der Arbeitslosigkeit, der Krise der verstaatlichten Industrie, der ratlose Eindruck, den die Regierung unter der Führung von Bundeskanzler Sinozatz bietet, und auch die traurige Rolle der sozialistischen Parteispitze und des Kanzlers im Zusammenhang mit der Anti-Waldheim-Kampagne den größten Anteil am schlechten Abschneiden Steyrers im ersten Wahlgang haben.

Viele Anzeichen deuten somit darauf hin, daß diese Präsidentschaftswahl die *Ära Kreiskys und seiner Epigonen* beendet. 16 Jahre lang hat die Sozialistische Partei auf Bundesebene ihre 1970 eroberte Vorrangstellung unangefochten behaupten können. Diese Periode geht jetzt ihrem Ende zu. Die Führung der Sozialistischen Partei weiß genau, daß es bei dieser Präsidentschaftswahl nicht nur um die Person des nächsten Staatsoberhauptes geht, sondern vor allem um eine Vorentscheidung für die im nächsten Jahr bevorstehenden Parlamentswahlen. Eine Niederlage für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten würde allgemein als Ausklang einer beispiellosen, jahrelangen Serie sozialistischer Wahlsiege gedeutet, und gleichzeitig als Beginn einer neuen politischen Konstellation. Kurt Waldheim fällt dabei nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Rolle eines Katalysators zu.

Eine solche neue politische Konstellation dürfte einige folgenschwere *Umschichtungen der politischen Kräfte* für die Zukunft mit sich bringen. So scheint der endgültige Zerfall der Freiheitlichen Partei Österreichs, der kleinen Koalitionspartnerin der SPÖ, nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Erschöpft und ausgelaugt durch eine nunmehr fast dreijährige Regierungsmitverantwortung, die dem freiheitlich-nationalen Lager in Österreich zum erstenmal seit 1945 zufiel, überfordert durch die Strapazierung allzu schmaler Personalressourcen, und zerstritten zwischen dem schwächtigen liberalen und dem tonangebenden deutschnationalen Flügel ist diese Partei nur noch ein Schatten ihrer einstigen Hoffnungen. Meinungsumfragen lassen erkennen, daß die FPÖ auf Bundesebene nur noch zwei bis drei Prozent der Wähler auf sich vereinigen kann. Damit könnte die FPÖ schon in nächster Zeit aus dem Parlament in Wien, vielleicht auch aus mehreren Landtagen hinausgewählt werden. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ, die noch Bruno Kreisky aus taktischen Gründen stark betrieben hat, könnte somit der Anfang vom Ende der Partei gewesen sein. Im Gesamtzusammenhang muß man allerdings hinzufügen, daß dieses Zwischenspiel doch auch als historische Integration und Versöhnung des klein gewordenen deutschnationalen Lagers mit dem Staat und der Republik Österreich gedeutet werden kann.

Wie jetzt die Dinge liegen, ist es durchaus möglich, daß das in sich tief zerstrittene „blaue“ Lager zerfällt und seine Positionen in den parlamentarischen Vertretungen verliert, während sich im nicht minder zerklüfteten „grünen“ Bereich durch den relativen Erfolg der „grünen“ Präsidentschaftskandidatin *Meissner-Blau* die Möglichkeit einer Einigung auf eine gemeinsame grün-alternative Liste abzeichnet, die bisher nicht gelungen ist. Dadurch könnte den „Grünen“ zum erstenmal der Sprung ins Wiener Parlament gelingen. Der Integrationskraft von Frau Meissner-Blau, einer gebildeten Endfünffzigerin, die sich von den meisten „Grünen“ in der Bundesrepublik schon allein durch ihr gepflegtes Äußeres und durch ihre „bürgerliche“ Sprache unterscheidet, ist ein derartiger Prozeß durchaus zuzutrauen.

Sollte die Präsidentschaftswahl tatsächlich diese *Entwicklung des Zerfalls der Freiheitlichen Partei* und der Einigung der „Grünen“ samt deren Einzug in das Parlament beschleunigen, dann wären die Karten für das politische Spiel in Österreich ganz neu gemischt: Überraschende Konstellationen wären dann denkbar, ebenso aber auch die Wiederbelebung der großen Koalition.

## Betroffenheit über außenpolitischen Schaden

Diese innenpolitischen Spekulationen werden freilich beeinträchtigt durch den *außenpolitischen Schaden*, der Österreich in den vergangenen Wochen durch die Kampagne gegen Kurt Waldheim zugefügt worden ist. Dieser Schaden wird kurzfristig kaum zu beheben sein. Denn hier ging es nicht nur um den guten Ruf eines einzelnen Politikers, sondern die Tendenz zahlreicher Publikationen in Europa und Amerika war es, in der Person von Kurt Waldheim einen „Prototyp des österreichischen Opportunismus“ anzuprangern. Es sei eine „Lebenslüge“, so wurde gesagt und geschrieben in vielen ausländischen Zeitungen, wenn sich Österreich nach 1945 als „erstes Opfer Hitlers“ dargestellt habe, denn der Jubel vieler Österreicher über den „Anschluß“ im März 1938 passe wenig in dieses Bild des „Opfers“.

Diese Attacken aus dem Ausland haben in Österreich Betroffenheit, auch Zorn ausgelöst. Selbstkritisch meint man nun in internen Debatten, Österreich müsse sich künftig stärker von jener Abart österreichischer „Schlitzohrigkeit“ absetzen, die ihren Ehrgeiz darein setzte, aus Adolf Hitler einen Deutschen und aus Beethoven einen Österreicher zu machen. Erinnerungen von manchen Deutschen, die 1945/46 das gerade wiedererstandene Österreich unter beschämenden Umständen verlassen mußten, werden heute in Österreich ebenso peinlich empfunden wie Reminiszenzen an österreichische Forderungen nach Angliederung der Berchtesgadener Landes unmittelbar nach Kriegsende.

Andererseits vermutet man in dem plötzlich so gescholtenen Österreich, daß auch eine tüchtige *Portion Neid* hinter manchen ausländischen Attacken stecken könnte. „Oder gibt es eine andere Erklärung dafür“, so wettete ein bekannter Historiker in kleinem Kreis, „daß man jetzt auf einmal die böse ‚Charakterlosigkeit‘ Österreichs entdeckt, während man bisher unisono die Standfestigkeit und das diplomatische Talent der Österreicher gepriesen hat, die die richtige Stunde erkannten, in der sie die Russen aus ihrem Land bringen konnten?“

Im Interesse der *historischen Wahrheit* wird auch daran erinnert, daß das kleine Österreich schon in den Jahren 1933 bis 1938, als andere, mächtigere Staaten noch Adolf Hitler beschwichtigen wollten, der nationalsozialistischen Aggression mutig widerstanden hat – trotz des harten internen Bürgerkrieges zwischen „schwarz“ und „rot“, trotz Hitlers Wirtschaftsboykott und der

1000-Mark-Sperre, die den österreichischen Fremdenverkehr demolierte, trotz zahlloser Bombenanschläge und Attentate illegaler Nationalsozialisten, die in der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß gipfelten. Als dann 1938 dieses Land, erschöpft und verlassen von allen Staaten, aufgab und sich Bundeskanzler Schuschnigg mit dem Wunsch „Gott schütze Österreich!“ im Radio verabschiedete, da gab es nicht nur die von Fotos bekannten jubelnden Menschenmengen beim Einzug Hitlers, so erinnert man sich heute in Österreich, sondern unzählige Verzweifelte in den Wohnungen. Gleichzeitig wurden Tausende Österreicher, an erster Stelle unter ihnen bekennende Katholiken, bei der ersten Verhaftungswelle festgenommen: 3700 wurden in weiterer Folge zum Tod verurteilt und hingerichtet, 9687 von der Gestapo ermordet, 6420 sind in Zuchthäusern zugrunde gegangen, 16493 in Konzentrationslagern umgebracht worden.

In diesen Lagern entstand die Konzeption für den *Wiederaufbau eines neuen Österreich*, das entschlossen war, den Zweifel an sich selbst zu überwinden und dem Haß der blutigen Bürgerkriege abzuschwören. Als im Jahr 1945 die Männer der ersten Stunde aus den Konzentrationslagern und von der Front heimkehrten, versuchten sie in diesem Geist zu beginnen und es war eine weitsichtige und staatsmännische Tat, daß sie damals den Feinden von gestern die Hand reichten.

Unter dem Eindruck der heftigen, manchmal sogar *maßlos gewordenen ausländischen Kritik* wird heute in Österreich von einsichtigen Gesprächspartnern zugegeben, daß diese Gesinnung der „Fünfundvierziger“ in den folgenden Jahren zunehmend dem bloß taktischen Kalkül der beiden Großparteien zum Opfer gefallen ist. Unter der Hand bemühten sich beide Parteien immer eifriger, die ehemaligen Nationalsozialisten unter ihre Fittiche und in ihren Einflußbereich zu bekommen, was gewiß verhinderte, daß es zum Erstarken eines nennenswerten Neonazismus kam. Die harte Realität dieses „Stimmenfangs“, der z. B. aus Kärnten ein straff durchorganisiertes sozialistisches Bundesland machte, ließ im Lauf der Zeit manche schönen Prinzipien der Aufbauzeit in den Hintergrund treten.

## Kein Wort der Kirche

Trotzdem ist man heute in Österreich überzeugt davon, daß der Wiederaufbau der Zweiten Republik nach 1945 insgesamt in erstaunlichem Maß gelungen ist. Der Versuch diverser Zeitungen und Fernsehstationen im westlichen Ausland, Österreich nun als Hort der alten Nazis, der Unbelehrbaren und der Antisemiten darzustellen, wird allerorten von den allermeisten Österreichern mit Erbitterung registriert. Um so dankbarer ist man an den Ufern der Donau, der Salzach und der Mur jenen großen Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“ oder der „Neuen Zürcher Zeitung“, die in den Tagen der Erregung ein abgewogenes Urteil gegenüber Österreich bewahrten. Gleichzeitig werden die österreichischen Politi-

ker von besonnenen Mitbürgern und ebensolchen eigenen inländischen Zeitungen immer intensiver aufgefordert, bei der Abwehr aggressiver Angriffe aus dem Ausland nicht in die gleiche Tonart zu verfallen und die Empfindlichkeit der Menschen jüdischer Herkunft angesichts ihrer Leiden in der Vergangenheit zu respektieren. Die Kirche in Österreich, die sich immer mehr in ihr

Schneckenhaus zurückzieht, hat bisher zur grundsätzlichen Seite dieses Themenkomplexes geschwiegen. Das ist bedauerlich, weil die Fundamente des neuen Österreich zu einem guten Teil von Katholiken gelegt worden sind und weil die Kirche ein wichtiges Wort der Erinnerung und der Unterscheidung in dieser verwirrenden Lage dazu zu sagen hätte.

Fritz Csoklich

## Diktaturen in Bedrängnis

### Zu den Auswirkungen des Machtwechsels auf den Philippinen

Auf den Philippinen kehrt nach der Euphorie über den Sturz des Marcos-Regimes allmählich Ernüchterung ein. Innerhalb der Koalition von gemäßigten Politikern und Militärs gibt es ernste Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Wirtschaftspolitik und die Haltung gegenüber der kommunistischen Bewegung. Präsidentin Corazon Aquino wird es deshalb nicht leichtfallen, grundlegende Reformen durchzuführen, ja ihr vorsichtiges Taktieren wird bereits verhalten kritisiert. Zudem betrachten nicht alle Filipinos die Einführung einer Interims-Verfassung, die der Präsidentin weitreichende Vollmachten verleiht, als den richtigen Weg zur Demokratie.

Die katholische Kirche hatte nicht zuletzt durch ihre eindeutige moralische Unterstützung des Volksprotestes entscheidenden Anteil am Machtwechsel (vgl. HK, April 1986, 169 ff.). Sie ist nun bestrebt, die von manchen in sie gesetzten politischen Erwartungen zu dämpfen. Zwar begrüßt sie das gesellschaftliche Engagement vieler Christen gerade in den Basisgemeinden, möchte selbst aber keineswegs in die Rolle einer politischen Parteigängerin gedrängt werden. So hat sie denn vorerst auch darauf verzichtet, die Ereignisse der jüngsten Zeit öffentlich zu kommentieren. Mit Unbehagen vermerkt sie, daß viele Filipinos von ihr gleichwohl direkte Einflußnahme erwarten, etwa bei der Neubesetzung öffentlicher Ämter. So äußerte Bischof Francisco Claver Mitte März nach einer Klausurtagung: „Die Bischöfe sind nicht allzu glücklich, daß die Macht der Kirche in rein politischen (und kulturellen) Begriffen interpretiert wird“ (UCA News, 2. 4. 86). Der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof Nestor Cariño, machte gleichfalls deutlich, die Kirche verstehe sich durchaus nicht als „politischer Makler“. Sie strebe statt dessen eher eine „konstruktive kritische Zusammenarbeit“ mit der neuen Regierung an (UCA News 30. 4. 86).

Indessen werden Wirkungen des Umbruchs auf den Philippinen in anderen Ländern spürbar. Die scheinbare Leichtigkeit, mit der Marcos durch die „Macht des Volkes“ gestürzt wurde, hat in so mancher Militärdiktatur der Dritten Welt Besorgnis ausgelöst, obgleich die Verhältnisse in den einzelnen Staaten allenfalls bedingt mit jenen auf den Philippinen vergleichbar sind. Beunruhigt

sind vor allem solche Regime, deren innenpolitische Gegner auf massiven moralischen Rückhalt bei den christlichen Kirchen rechnen dürfen. Zahlreiche Bewegungen des Volksprotestes haben denn auch von neuem Auftrieb erhalten, wobei sich für die Kirchen wiederum die Frage stellt, welche Grenzen einem unmittelbar politischen Engagement gesetzt sind.

### Südkorea: Die Opposition im Aufwind

Zu den am unmittelbarsten betroffenen Ländern gehört die Republik Korea, deren Bevölkerung vielfach unzufrieden ist. Die exportorientierte, allein an den Gesetzen des Marktes ausgerichtete Wirtschaftspolitik fordert insbesondere den ärmeren Schichten hohe Opfer ab, und breite Kreise des Mittelstandes möchten ihren bescheidenen Wohlstand nicht länger mit dem Verlust politischer Freiheiten erkaufen. Die gemäßigte Opposition der „Neuen Demokratischen Korea Partei“, die bei den Parlamentswahlen vom Januar 1985 immerhin 30% der Wählerstimmen gewann, fordert deshalb eine Demokratisierung der Zentral- und Lokalverwaltung, Rede- und Pressefreiheit sowie die Beendigung der Repressalien gegen Dissidenten bzw. Oppositionspolitiker. Nach philippinischem Vorbild demonstriert sie inzwischen die „Macht des Volkes“, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Seit März veranstaltet sie vor allem im Süden des Landes, wo sie ihre Hochburgen besitzt, friedliche Massendemonstrationen, bei denen sie zu Aktionen bürgerlichen Ungehorsams aufruft. Hierzu gehört u. a. die Verweigerung bestimmter Gebührensahlungen an die staatliche Fernsehgesellschaft, die derart erfolgreich war, daß das Informations- und Kultusministerium mittlerweile zumindest über eine Medienreform „nachdenkt“. Im Februar begann die NDKP zudem eine Unterschriftensammlung, die ihren Forderungen nach der Direktwahl des Staatspräsidenten durch die Bürger Nachdruck verleihen soll. Das Ziel von 10 Millionen Unterschriften erscheint allerdings reichlich hoch gesteckt.

Wichtigste Verbündete der NDKP sind der Nationale Kirchenrat, der etwa acht Millionen Protestanten vertritt, und die katholische Kirche mit ihren rund zwei Millionen Gläubigen. Beide haben sich in der Vergangenheit